

Arbeitsstelle

Rechtsextremismus

Hintergrundpapier 2/2009

Warum Neonazis versuchen, sich den 17. Juni 1953 als historisches Datum anzueignen

Der Aufstand am 17. Juni 1953 ist ein Schlüsselereignis der deutschen Geschichte. Bekanntlich war die Region Halle-Merseburg-Bitterfeld neben Berlin eines der Zentren der damaligen Ereignisse. Deshalb versuchen Neonazis seit einigen Jahren, gerade in Halle (Saale) dieses Datum für sich zu besetzen.¹

Auch in diesem Jahr rufen die Jungen Nationaldemokraten Sachsen-Anhalt (JN) für den Abend des 17. Juni zu einer Demonstration in Halle auf. Neonazis nutzen für ihre politische Propaganda gleich mehrere Motive der damaligen Proteste.

„Russische Besetzung“

In der Tat war ein Grundmotiv des Protestes jener gegen die Formen sowjetischer Besatzungspolitik in der DDR. Die von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) geforderten Reparationsleistungen überforderten alle Zweige der in Umstellung begriffenen Wirtschaft der DDR. Sie waren Folge der Zerstörung der industriellen Basis der Sowjetunion durch deutsche Truppen und unter deutscher Besetzung während des Zweiten Weltkriegs.

Im Politikverständnis von Neonazis spielt die aus ihrer Sicht ungerechtfertigte Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte eine zentrale Rolle. Neonazis sehen den demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik nach wie vor als ein besetztes Land an, dem die Besatzungsmächte (Amerikaner, Russen, Engländer, Franzosen) ihre authentische Mentalität und Wesensart geraubt, und durch eine alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Manipulation ersetzt hätten. Diese Besetzung dauere bis heute an. Dies zeige sich in der angeblich amerikanisierten Massenkultur ebenso, wie in der aus Sicht von Neonazis einseitigen Darstellung des Nationalsozialismus in Geschichtslehrbüchern.

Den Protest des 17. Juni 1953 interpretieren Neonazis als historischen Aufstand gegen Besetzung und für Souveränität, aus welchem sie ihr heutiges Handeln legitimiert sehen.

„Opfermythos“

Tatsächlich gab es im Zuge und im Nachgang des 17. Juni 1953 55 Todesopfer, darunter neun Personen in bzw. aus Halle (Saale).² Neonazis sehen sich als die Erbverwalter der Ziele dieser Opfer, indem sie sich zu den angeblich heutigen Opfern des „Systems“ erklären. Diese Berufung auf und die Einsetzung als Opfer soll die heute vertretenen Positionen legitimieren, in dem sie vorgeblich anstelle und im Namen der Opfer vorgebracht werden.

„Volksaufstand“

Zweifelsohne handelte es sich beim 17. Juni 1953 um einen alle sozialen Schichten der Bevölkerung erfassenden Aufstand. Neonazis vergleichen die damaligen sehr heterogenen Forderungen der Demonstrant/innen mit ihrer Analyse des demokratischen Rechtsstaates. In ihrem Denken handelt es sich bei der Bundesrepublik um eine Diktatur, der Eigenschaften wie Korruption, Selbstherrlichkeit und Filz zugeordnet werden. Aus den damaligen Protesten wird ein fortdauernder Antagonismus zwischen „Volk“ und „System“ hergeleitet, der heute wie damals gegen das „System“ gelöst werden müsse.

¹ Bereits im Jahre 2005 gingen Neonazis an diesem Tag demonstrierend auf die Straße. Eine Demonstration zum 17. Juni 2006 wurde verboten. 2008 veranstalteten Neonazis eine Mahnwache am Leipziger Turm.

² Ahrberg, Edda (Hrsg.), Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Münster 2004.

Die im Aufruf zur heutigen Demonstration verwandte Formel: „Volk steh auf – kämpf Dich frei“ stammt aus einer Rede des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels von 1944 und ist somit einer der zahlreichen Belege für die positive Bezugnahme der rechtsextremen Akteure auf den Nationalsozialismus.

Somit müssen die Versuche der NPD/JN sich der historischen Ereignisse des Jahres 1953 zu bedienen als Teil der Normalisierungsstrategie rechter Strukturen angesehen werden.

Zu den Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus

Die Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. erscheinen in loser Folge. Sie decken aktuelle Themen und Begrifflichkeiten des modernen Rechtsextremismus ab.

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus ist ein Teilprojekt des Vereins Miteinander e. V. Durch die Arbeitsstelle werden Informationen zum Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus für die interessierte Öffentlichkeit und die Beratungsarbeit des Vereins aufbereitet.

Der gemeinnützige Verein Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur/innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und (Jugend)- Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur/innen sowie der Opferhilfe.

Autoren: David Begrich, Torsten Hahnel, Sebastian Striegel
Redaktion: Anne Mehrer, Sebastian Striegel
Redaktionsschluss: 16.06.2009

Miteinander e. V.
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Magdeburg
David Begrich
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel.: 0391-6207759
begrich.gs@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Halle
Torsten Hahnel
Platanenstraße 9
06114 Halle (Saale)
Tel.: 0345-2267456
hahnel.rzs@miteinander-ev.de



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ und mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.